

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 14

Artikel: Die Zukunft der Unita
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093679>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Zukunft der Unita

Die Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita) lehnt Verhandlungen über «unsere Prinzipien und die Position unseres Präsidenten» ab. Meldungen, wonach sich Jonas Savimbi auf dem Gipfeltreffen afrikanischer Staatschefs im zairischen Gbadolite bereit erklärt habe, ins selbstaufgelegte Exil zu gehen, weist die Unita als «Desinformation» zurück. Die marxistische Regierung der MPLA (Volksbefreiungsbewegung, Partei der Arbeit) in Luanda versuche die direkte Begegnung zwischen ihrem Präsidenten, José Eduardo dos Santos, und Savimbi zu rechtfertigen, nachdem sie sich jahrelang gegen jegliche Kontakte mit Savimbi gestraubt hätte.

Die in Gbadolite erreichte symbolische Aussöhnung zwischen José dos Santos und Savimbi sowie die inzwischen in Kraft getretene Waffenstillstandsvereinbarung wird als gutes Omen für Afrika gesehen.

Laut Brigadier Paulo Mango Alicerces in Bonn «lehnt die Unita jetzt und in Zukunft entschieden ab, dass über die Prinzipien der Organisation und die Position ihres Anführers verhandelt wird». Mango bekleidet den Posten eines Generalsekretärs im Unita-Außenministerium und ist zuständig für die Repräsentanten der Widerstandsbewegung in Westeuropa. Die Unita habe nicht 14 Jahre gegen das von 50 000 Kubanern und einigen tausend Militärberatern aus dem Sowjetblock unterstützte marxistische Regime in Luanda gekämpft, um letztlich das «angolanische Volk zu verraten».

Exilfrage war kein Thema

Savimbi werde sich weder ins Exil flüchten noch sich in eine interne Isolation begeben: «Es gibt kein internes oder externes Exil für Angolaner. Savimbi ist Angolaner. Er ist in Angola geboren. Er lebt in Angola. Savimbi hat immer im Lande gekämpft, gegen die Portugiesen und danach gegen die Marxisten.» Savimbi werde Unita-Präsident bleiben. Er sei der Mann, der «Angola in den Frieden führte und diesem die Würde wiedergab».

Die Unita rechnet jetzt mit einem «beschleunigten Abzug der Kubaner». Nach portugiesischen Quellen hatten bis zum 13. Juni «mehr als 10 000» kubanische Soldaten Angola verlassen. Als «baren Unsinn» bezeichnet die Widerstandsbewegung neue-

ste Meldungen aus Luanda, ein «integrierter» Jonas Savimbi werde als Sonderbotschafter der angolanischen Regierung in spe in Washington fungieren. Es wird aber nicht ausgeschlossen, dass sich Savimbi im Oktober/November in die USA begeben und danach in «einige westeuropäische Hauptstädte» reisen wird.

Mitte Mai hatten in Luanda die Staatschefs aus Gabon, Kongo, Mosambik, Sambia, Simbabwe, Sao Tomé und Príncipe sowie Zaire der «Politik der Gnade und der nationalen Harmonisierung» des MPLA-Präsidenten gewissermaßen «carte blanche» erteilt. Diese zu Jahresanfang von José dos Santos verkündete Politik verspricht «allen irregeleiteten Angolanern» und desertierenden Unita-Kämpfern die «Gnade und die Möglichkeit, sich würdig in die legale Gesellschaft und deren legitime Institutionen einzugliedern»; ausgenommen ist (war?) Savimbi, den die MPLA bisher als «Kriegsverbrecher» bezeichnet(e).

Noch am Vorabend seines «überraschenden» Erscheinens auf dem Gbadolite-Gipfel hatte Savimbi in Jamba, der im äußersten Südosten von Angola gelegenen «provisorischen Hauptstadt», erklärt, die Unita akzeptiere niemals eine «Integration» in die MPLA. Das bedeute Eingliederung in die MPLA-Einparteindiktatur. Die Unita bestehe auf freien Wahlen. Die Widerstandsbewegung sei nicht geschlagen. Die MPLA stehe unter Druck. Die Kubaner packten ihre Koffer; in sechs Monaten ständen 25 000 Kubaner weniger in Angola. «Die Unita wird nur mit der MPLA verhandeln und mit niemandem anderem.»

José dos Santos, der seinerseits am Gipfelvorabend noch einen Kontakt oder gar eine Aussöhnung mit Savimbi «strikt» abgelehnt hatte, soll erst im letzten Augenblick von der Anwesenheit des Unita-Anführers erfahren und erwogen haben, das Gbadolite-Treffen platzen zu lassen. Er sei schliesslich von den anderen Konferenzteilnehmern zum Verbleiben beziehungsweise zur «Konfrontation» überredet worden. Savimbi habe während seiner Rede, in der er unter anderem sagte «Ich will den Frieden», dreimal von den versammelten afrikanischen Staatschefs stehenden Applaus erhalten.

Nach Unita-Aussagen wurde die «Integration der Unita», das heisst nach MPLA-Verständnis die «Eingliederung einzelner Unita-

Individuen» (also nicht der Organisation), in der «Erklärung von Gbadolite» nicht erwähnt. In dieser ist die Rede von «Prinzipien», die, «aufbauend auf dem Friedensplan der Regierung der Volksrepublik Angola und den Vorschlägen des Staatspräsidenten der Republik Zaire, der sich um Vermittlung bemüht hat», die «Zustimmung aller angolanischen Brüder gefunden haben»:

«Es ist Wunsch und Wille aller Töchter und Söhne Angolas, dem Krieg ein Ende zu setzen und im Angesicht der Weltöffentlichkeit die nationale Aussöhnung auszurufen.»

Es werden alle Feindseligkeiten eingestellt, es wird ein Waffenstillstand ausgerufen (Unita und MPLA bleiben in ihren jeweiligen Positionen; Unita-Guerillaeinheiten standen beim Inkrafttreten der Waffenruhe «wenige Kilometer» vor Luanda).

«Es wird eine gemischte Kommission eingesetzt, deren Aufgabe die Festlegung der Modalitäten bei der Anwendung des Plans zur nationalen Aussöhnung ist; der Präsident der Republik Zaire hat die Vermittlerrolle in dieser Kommission übernommen.»

Hochstimmung im Unita-Lager

Die Formulierung «aufbauend auf dem Friedensplan der Regierung der Volksrepublik Angola» lässt breiten Interpretationsspielraum. Die Unita betrachtet ihr momentanes Ziel als erreicht, indem jetzt vorerst auf diplomatischer Ebene direkte Verhandlungen mit der MPLA beginnen. Als nächste Schritte sieht die Widerstandsbewegung die Bildung einer Koalitionsübergangsregierung, die freie allgemeine Wahlen vorbereitet beziehungsweise die Verfassung revidiert oder Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung vorbereitet.

Während der Übergangszeit will sich Savimbi von der «Politik fernhalten». Laut Unita ist er jedoch für die Wahlen «unser Kandidat».

Ende Mai hatte die Unita einen Friedensplan vorgelegt, in dem die Organisation anbot, dass Savimbi an den Aussöhnungs- und Friedensgesprächen nicht teilnimmt und auch der Übergangsregierung bis zu den Wahlen zu einer «Mehrparteiendemokratie» nicht angehört. In diesem Unita-Friedens-

plan hatte es weiter geheissen, alle andern afrikanischen Staaten, die ihre nationale Unabhängigkeit erlangt hätten, seien «durch die Phase freier, demokratischer Wahlen» gegangen. Die Unita akzeptiere nicht, dass der afrikanische Kontinent dazu verdammt sei, unter Einparteiendiktaturen zu leben, ohne dass andere politische Kräfte die Möglichkeit hätten, ihren Willen kundzutun.

Es wird daran erinnert, dass in den Alvor-Abkommen vom Januar 1975 Portugal den drei angolanischen Unabhängigkeitsbewegungen MPLA, Unita und FNLA (Nationale Front zur Befreiung von Angola) die Staatsgewalt in einer gemeinsamen Übergangsregierung zugesprochen hatte. «Im Juli 1975 erklärte der in Luanda etablierte, von portugiesischen Kommunisten, revolutionären Offizieren und fremden Truppen unterstützte MPLA-Regierungsteil die Auflösung der Übergangsregierung und übernahm ohne Wahlen die Regierungsgewalt über ganz Angola.»

Im Unita-Lager in Jamba herrscht derzeit Hochstimmung, wie auch in Luanda am Wochenende die Bevölkerung spontan auf die Strassen ging und tanzte. Und von den Widerstandskämpfern, deren Motivation «über Nacht» nochmals erheblich gewachsen zu sein scheint, ist zu hören: «Eine Unita ohne Savimbi, das wäre wie ein Christentum ohne Christus. Wer kann sich so etwas vorstellen?»

Mit dem Waffenstillstand ist ein erster Schritt in Richtung Frieden getan worden. Noch stehen aber harte, sich über Wochen hinziehende Verhandlungen bevor. Das ergibt sich schon aus der Struktur der MPLA und der Unita. Die Unita stützt sich weitgehend auf den bevölkerungsstärksten, auf dem angolanischen Hochland heimischen Ovibundu-Stamm. Dieser gilt als «echt afrikanisch», derweil den Küsten-Kimbundu, aus deren Reihen die MPLA hauptsächlich ihren Anhang «rekrutierte», der Makel anhaftet, in Form des Marxismus-Leninismus eine für Afrika artfremde Ideologie importiert und praktiziert zu haben.

Gravierende Gegensätze

Die wichtigsten Charakterzüge der angolanischen Verfassung sind die absolute und sozusagen unbeschränkte Führungsrolle der MPLA-Partei der Arbeit in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Verfassung ist in vielen Punkten sogar «päpstlicher als der Papst, das heisst noch sozialistischer als ihre Vorbilder, die osteuropäischen Verfassungen. Die MPLA begründete ihr Recht auf Gesetzgebung, dass sie «Vertreterin und Führerin» des Volkes sei: «Das angolanische Volk hat Anspruch auf vollumfängliche Souveränität. Der MPLA, seiner gesetzlichen Vertreterin, gehört die politische, wirtschaftliche und soziale Führung der Nation» (Artikel 2). Wichtige Grundrechte – Rede-, Versammlungs-, Vereins- und Religionsfreiheit – kön-

nen nur «für die Verwirklichung der grundlegenden Ziele der Volksrepublik Angola» (Artikel 7, 32) beansprucht werden.

In der Unita-«Verfassung» wird u. a. unter dem Kapitel «Demokratie» verlangt, dass das Volk an der Gestaltung des Landes teilnehmen müsse. «Alle politischen Kräfte und Meinungen müssen in der Regierung vertreten sein. Die Unita akzeptiert ein Mehrparteiensystem als das grundlegende Element demokratischer Prinzipien.» Im Gespräch fasste Jonas Savimbi sein Demokratieverständnis folgendermassen zusammen: «Es gibt keine Demokratie ohne verschiedene Parteien. Parteien sind das Instrument der Demokratie. Nationale Souveränität muss die Wünsche des Volkes zum Ausdruck bringen. Ja, wir brauchen Freunde und Verbündete, aber deren Interessen dürfen nicht Vorrang vor jenen des angolanischen Volkes haben. In der gegenwärtigen Regierung in Luanda haben Kubaner und Sowjets vor den Angolanern das Sagen. Das können wir nicht hinnehmen, auch dann nicht, wenn es sich um Amerikaner, Südafrikaner oder Franzosen oder sonst irgend jemanden handeln sollte.»

Den Unita-Präsidenten und seine Regierungsmannschaft bestelle alle vier Jahre ein Kongress (Parlament) in Jamba: «Die Kongressdelegierten (Abgeordneten) sind auf lokaler Basis gewählt. Die Arbeit der Regierung überprüfen ständig politische Kommissionen. Diese Kommissionen setzen sich aus den Stammesführern, den Dorfältesten, zusammen.»

Ein «Szenario»

Der Bürgerkrieg und das marxistische Experiment der MPLA haben Angola vollkommen verwüstet. Keine Seite konnte damit rechnen, einen vollständigen militärischen Sieg für sich beanspruchen zu können.

Savimbi war stets, im Gegensatz zur MPLA, für Verhandlungen. Diese scheinen jetzt tatsächlich in Gang zu kommen.

Hinter den Kulissen dürften die beiden Grossmächte ihren jeweiligen Verbündeten gedrängt haben – Moskau die MPLA, Washington die Unita –, eine Verhandlungslösung zu suchen. Amerikaner und Sowjets möchten ohne Zweifel ihre neue Vertrauensbasis – zu der auch die Angola-Namibia-Abkommen vom vergangenen Dezember gehören, welche den Weg für einen Abzug der Kubaner aus Angola und die Unabhängigkeit für Namibia ebneten – nicht gefährden.

Denkbar ist das «Szenario», dass der MPLA von Washington beschieden wurde, «innert zweier Monate» mit der Unita direkte Gespräche aufzunehmen, ansonsten die Unita-Regierung in Jamba von den USA anerkannt werde. Dafür spräche, dass José dos Santos am 4. Mai auf einer Botschafter-

konferenz seine Diplomaten heftig rügte und ihnen «Versagen und Nichtbefolgung der wissenschaftlichen Prinzipien der Diplomatie» vorwarf. Sie hätten vorab das MPLA-Programm der «wirtschaftlichen und finanziellen Rehabilitation» und die «Amnestiepolitik» im Ausland zuwenig propagiert. Dos Santos schloss in verklausierten Worten nicht aus, dass «künftig andere Wege eingeschlagen werden müssen, um die freiwillige Teilnahme aller nationalen Sektoren, einschliesslich der religiösen und gesellschaftlichen Vereinigungen, am politischen und sozioökonomischen Prozess zu erreichen.»

Zuvor war eine im Januar eingeleitete Diffamierungskampagne (angebliche Menschenrechtsverletzungen wie Folterungen von Dissidenten, Hexenverbrennungen) gegen Savimbi und seine engsten Mitarbeiter in den USA und in Westeuropa verpufft, hatten die MPLA-Streitkräfte (Fapla) bei Savate in Südafrika eine schlimme Niederlage erlitten, die sie mit massiven Kampfgaseinsätzen gegen Unita-Kämpfer und der Bevölkerung im Unita-Gebiet (vor allem in den Provinzen Kuando Kubango und Bie) vergalten, musste sich die mit dem Wissen von Kubanern und der Regierung in Luanda zu Beginn des Unabhängigkeitsprozesses am 1. April nach Namibia vorstossende Südwestafrikanische Volksorganisation (Swapo) unter grossen Verlusten wieder auf angolanisches Gebiet zurückziehen.

Letzter Wink aus Moskau

Der stellvertretende sowjetische Aussenminister Adamischin liess Anfang Juni über die amtliche Nachrichtenagentur Tass verlauten, das gegenseitige Verständnis zwischen Moskau und Washington habe wesentlich zum Zustandekommen der Angola-Namibia-Abkommen beigetragen, und «dieses werde fortgesetzt im Interesse des Friedens und der Stabilität in anderen Regionen von Afrika, vor allem im südlichen Afrika». Und zehn Tage vor dem Gbadolite-Gipfel verbreitete Tass eine Erklärung der sowjetischen Regierung, in welcher die Entscheidung des äthiopischen (Einpartei-)Schengo, (Parlaments-)Gespräche mit den eritreischen Rebellen aufzunehmen, als ein «weiser Staatsakt» und «Demonstration hoher Verantwortung für die Zukunft von Äthiopien» gepriesen wurde. ■